

Bezugsspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsverkäufer 800.—
am Postamt . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche M.

fernsprecher:
4246, 2273, 3110, 3249.
Tel.-Adr.: Tagesblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbesserung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und
Angebote . . . 40.— M.

Für Aufträge (Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
aus Deutschland) . . . Reklameteil 36.— d. M.

Pilsudskis Reise nach Rumänien und seine Auslandspolitik.

Der Krakauer „Gazeta“, das Organ des Ministerpräsidenten Nowak, schreibt anlässlich der Reise des polnischen Staatspräsidenten zum König von Rumänien:

„Das polnisch-rumänische Bündnis bezweckt eine gemeinsame Verteidigung gegen Russland, dem ausgesprochenen Feinde beider Staaten. Das vor nahezu zwei Jahren abgeschlossene Bündnis ist jedoch nicht in allen seinen Einzelheiten zu Ende geführt worden, und das muß eben jetzt geschehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Bezug auf Russland die Rolle Polens in diesem Bündnis eine entscheidende ist. Unser Sieg oder unsere Niederlage entscheiden auch über das Schicksal unserer Nachbarn. Deshalb wäre es erwünscht, wenn während des Besuchs in Bukarest die Einzelheiten dieses Zusammengehens mit Rumänien eingehend besprochen würden. Es kann sich nicht darauf beschränken, daß unsere Verpflichtungen gegenüber Rumänien für den Fall einer Gefahr größer werden; vielmehr erscheint es uns notwendig, daß die Bedingungen besprochen werden, unter denen wir auf eine rumänische Hilfe an der polnischen Front rechnen könnten. Sie wird um so eher möglich sein, je mehr Rumänien im Rücken gegen Ungarn geschützt wird. Wir waren immer der Ansicht, daß sich das nicht durch Gestapaden gegen Ungarn, sondern durch die Schaffung eines rumänisch-ungarischen Kompromisses erreichen läßt, unter Bedingungen, die für beide Parteien annehmbar sind. Dann werden die rumänischen Divisionen, anstatt Ungarn einzufrieren, an der russischen Front verwendet werden können.“

Diese Ausführungen geben dem „Kurjer Posa.“ Veranlassung, sich in einem längeren Aufsatz (S. 13. September) ebenfalls mit der Rumänienreise des Staatspräsidenten und ihrem Zweck zu beschäftigen. In dem Aufsatz des „Kurjer“ wird zunächst ebenfalls die Wichtigkeit des Bündnisses zwischen Polen und Rumänien betont, dann aber scharf Stellung genommen gegen die Auslandspolitik Pilsudskis und „seines nächsten Vertreters und Gehilfen“ Szymon Askenazy. Dort ist zu lesen:

„Der politische Plan Pilsudskis sieht ganz klar vor unseren Augen. Für ihn ist, wie im Jahre 1914, der Hauptfeind Polens Russland. Gegen Russland will er einen Staatenbund von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer organisieren. Im Sinne dieses Planes wird auch eine entsprechende Politik gegenüber den baltischen Staaten, gegenüber den Nationen des östlichen Mitteleuropas und gegenüber den Litauern, Ukrainern und Weißrussen getrieben. Daher der Plan eines polnisch-rumänisch-ungarischen Bündnisses, daher die antislawische Politik, daher der Gleichmut gegenüber Südslawien, daher die ganze Wilnaer Politik und die gegenwärtigen Pläne in Bezug auf Ostgalizien. Die notwendige Folge einer solchen Orientierung ist das Bestreben, die Beziehungen zu Deutschland zu regeln; denn niemand kann doch so naiv sein und einen Krieg an vier Fronten führen wollen. Wir hören allerdings von den Anhängern dieses Realismus, die Versicherung, daß man das Bündnis mit Frankreich als ein unerfüllbares Postulat ansieht, in der Praxis aber sich den besonderen praktischen Möglichkeiten der französischen Politik entgegenstellen müsse. Diese Orientierung, die eine Fortsetzung der politischen Orientierung der Mittelmächte während des Krieges ist, stellt sich das Programm einer Außenpolitik gegenüber, die von dem Standpunkt ausgeht, daß Deutschland der Hauptfeind Polens ist. Dieses Programm hat Polen dazu bestimmt, auf die Seite der Alliierten zu treten, dieses Programm gab uns die Vertretung auf der Pariser Konferenz und hat zur Einigung und Unabhängigkeit des polnischen Staates geführt. Nach dem Kriege hat sich die politische Lage Polens nicht geändert. Die Deutschen streben nach innerem Wiederaufbau und nach der Wiederherstellung ihrer früheren Obergang. Das reale Postulat ihrer ganzen Politik ist die Einnahme von Pommern, Posen und Oberschlesien; der Weg aber dazu soll die wirtschaftliche Beherrschung Polens sein. Im Westen droht Polen heute die größte Gefahr, — aus dieser Tatsache mußte sich das ganze Programm der politischen Politik ergeben. Aus dieser Tatsache ergibt sich vor allem die Notwendigkeit des Bündnisses mit Frankreich. Dieses Bündnis bedeutet keine gegenseitige Liebeserklärung, sondern eine Politik nach gemeinsamem Plan, von dem Standpunkte einer einheitlichen Front gegenüber Deutschland ausgehend. Eine der wichtigsten Folgen des polnisch-französischen Bündnisses muß die Vereinbarmachung der Politik Frankreichs und Polens im östlichen Mitteleuropa sein. Die Vereinbarmachung muß darauf beruhen, die kleine Entente aufrecht zu erhalten und zu festigen, was in erster Linie von der polnisch-slawischen Annäherung abhängt. Deshalb muß im Gegensatz zur Politik Pilsudskis, die ein Zerlegen der kleinen Entente im Auge hat, das Ziel der auf ein tatsächliches polnisch-französisches Zusammengehen gestützten Politik, die Aufrechterhaltung und der engere Zusammenschluß der kleinen Entente sein. Eine solche Politik führte Stürmer, in diesem Geiste war Pils bei der Zusammenkunft in Marienbad tätig. Gerade das Gegenteil macht der „Slawophile“ Askenazy in Genf und gerade das Gegenteil beabsichtigen unsere Diplomaten in Rumänien zu tun. Auf internationalem Boden reiben sich heute die Politik Frankreichs und Deutschlands, es beginnt ein Spiel um die herrschende Stellung auf dem europäischen Kontinent; wer nicht einem der beiden Lager angehört, muß selbst wenn er unberührt irgend welche Zusicherungen gäbe, für das andere wirken. England steht im deutschen Lager, trotz der formellen Freundschaft mit Frankreich, die gegenwärtige Politik Italiens, die vom Juden Schanzer geführt wird, arbeitet zugunsten Deutschlands, das von den Vertretern der jüdischen Politik überall da unterstützt wird, wo sich die Gelegenheit dazu bietet; denn die deutsche und die jüdische Politik arbeiten Hand in Hand. In einem gut organisierten Staat, einem normalen Staat, brauchte man solche Probleme wie die oben angeführten nicht öffentlich zu erörtern. Leider ist aber Polen ein solcher Staat noch nicht. Über die oben berührten Fragen schreibt die Auslandspresse, davon wird in der ganzen Welt diskutiert, nur die polnische öffentliche Meinung weiß

Achtung, deutsche Wähler!

Wahlmitteilung Nr. 5.

1. Das Merkblatt I für die Kreisgeschäftsführer und Obmänner (Vertrauensleute) zu den Wahlen für den Sejm ist heute im Druck erschienen und gelangt an die deutschen Wahlauschüsse zur weiteren Verteilung. Alle diejenigen Vertrauensleute, welche nicht binnen 5 Tagen in den Besitz der Merkblätter gelangen, haben sofort bei ihren Wahlauschüssen die Überendung dieses Merkblattes zu beantragen.

2. Wir machen darauf aufmerksam, daß gleichzeitig mit den Wahllisten für den Sejm auch die für den Senat ausliegen, und daß jeder Wahlberechtigte verpflichtet ist, auch die Wahlliste für den Senat einzusehen.

Deutscher Wahlauschuss Posen,
Wahlschreiberzyski 2. Fernruf 4174.

nichts davon. Unsere Öffentlichkeit ist nicht darüber unterrichtet, daß in Genf, in Dresden, in Paris im Namen Polens eine Politik getrieben wird, die zu den Interessen der Nation und zu gesunden politischen Grundsätzen im Widerspruch steht. Askenazy in Genf, Olszowski in Dresden, Sen. Sikorski in Paris sind ja die Beauftragten der polnischen Regierung, sind diejenigen, die das belbeberische System in der polnischen Außenpolitik durchzuführen. Wenn man die Grundlagen dieses Systems kennt, dann treten alle Ereignisse in der polnischen Außenpolitik klar und deutlich hervor, dann hören wir auf, uns zu wundern und ungünstige Hypothesen aufzustellen. Wegen der „Neuorientierung“ der polnischen Politik markieren die Minister Stürmer und Michalski beständig, die, wenn auch schüchtern, zu gesunden politischen Grundsätzen zurückzukehren begannen. Im Einklang mit den Grundsätzen dieser Orientierung nach Osten führt Askenazy seine antislawische Politik in Genf, werden den Deutschen Zugeständnisse gemacht, wird die Liquidierung deutscher Güter hingezogen, werden die schlesischen und dänischen Angelegenheiten gering geschätzt. Die polnische öffentliche Meinung muß sich darüber klar werden, daß die Regierung Nowaks im stillen einen Umwälzung in der polnischen Außenpolitik herbeiführt, der durch das Belbeberische bestimmt wird und durch Askenazy zur Durchführung gelangt, einen Umwälzung, der für die ganze Zukunft Polens höchst gefährlich ist. Wir müssen uns weiter darüber klar werden, daß der neuaktivistischen Orientierung, die an die Traditionen des Aktivismus zu Kriegzeiten anknüpft, nur durch eine gründliche Änderung des Regierungspersonals in Polen Einhalt geboten werden kann, durch die Wahlen am 5. und 12. November. Daher die Bedeutung dieser Wahlen. Sie entscheiden nicht nur über unseren inneren Organismus, sondern auch darüber, wie unsere Außenpolitik sein wird, ob sie in der Richtung der Verteidigung und Aufrechterhaltung der westlichen Teilgebiete oder in der Richtung der Vernachlässigung der Westmarchen und dazu führen wird, sich westwärtsverfüßten Plänen im Osten hinzugeben, die schon einmal, im August 1920, um ein Haar zur Beseitigung des polnischen Staates geführt hätten. Auf eine solche neue Gelegenheit warten die Deutschen, die sich im Innern festigen. Wenn die neue politische Richtung in Polen festen Fuß fäße, dann führt das mit verhängnisvoller Notwendigkeit dazu, ihnen (den Deutschen) eine solche Gelegenheit zu geben, und zwar in einer nicht so fernen Zeit, wie es vielen scheint.“

Was ergibt sich aus diesen wortreichen Ausführungen?

Es gibt in der polnischen Außenpolitik zwei Hauptrichtungen: die eine sieht den Hauptfeind Polens in Russland, die andere in Deutschland. Die Belbeber und „Neuaktivisten“, die „Kurjer Posański“ und Olszowski.

Man kann die Frage offen lassen, welcher von den beiden großen Nachbarn Polens der „Hauptfeind“ ist. Nimmt man aber das Bestehen jener beiden außenpolitischen Richtungen an sich als Beweis dafür, daß Polen die beiden genannten Staaten — Russland und Deutschland — am meisten zu fürchten hat, dann müßte es für den realistischen und klaren sehenden Politiker daraus nur eine Schlussfolgerung geben: nämlich die, daß Polen — da es sich doch den Luxus nicht leisten kann, dauernd zwischen zwei „Hauptfeinden“ zu stehen — den Versuch machen muß, zu einem der „Hauptfeinde“ in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen, und zwar natürlich zu dem, der ihm wirtschaftlich mehr nützen kann. Wer das ist, kann kaum zweifelhaft sein.

Eine politische Besprechung der Rumänienreise.

Warschau, 13. September. Der Außenminister hielt gestern eine Konferenz mit dem französischen Gesandten Panafieu ab. Die Konferenz stand mit der geplanten Auslandsreise des Außenministers in Verbindung.

Das englisch-russische Wirtschaftsabkommen

Berlin, 13. September. Über das Abkommen zwischen England und Russland, das hier in Berlin zwischen Urquardt, dem Aufsichtsratspräsidenten der russisch-englischen Consolidated Bank, und Krasin angenommen wurde, weiß die „B. Z.“ folgendes mitzuteilen: England hat in Russland 208 Millionen Pfund Sterling investiert, wovon auf die Urquardtgruppe allein nicht weniger als 56 Millionen Pfund Sterling entfallen. Frankreich hat von Russland 11 Milliarden Goldfranken zu fordern, dazu 1 Milliarde Goldfranken seitens der privaten Industrie. Endlich hat Belgien im ganzen 3 Milliarden Goldfranken in Russland investiert, so daß die von Urquardt vertretene Gesellschaft das weitest große Unternehmen darstellt, das in Russland, besonders in Sibirien, interessiert ist. Das Abkommen zwischen Stinnes und dem Senator Lubersack war das Modell für den Vertrag zwischen Urquardt und Krasin.

Pläne und Absichten des Ministerpräsidenten Nowak.

Warschau, 13. September. Der „Przegląd Wiczyorny“ veröffentlicht eine Unterredung seines Vertreters mit dem Ministerpräsidenten Nowak, der hinsichtlich des Sachverständigenausschusses für die östgalizische Frage und der laufenden Fragen der inneren Politik folgendes erklärte: Wegen der Wichtigkeit und Aktualität der östgalizischen Frage habe ich die namhaftesten Sachverständigen gebeten, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, und zwar: Prof. Michał Bobrzyński, Prof. Szymon Askenazy, Prof. Rajzica, der Stadtpräsident von Lemberg, Neuman, die Abgeordneten Grzegorzewski, Hausner und Loewenherz sowie Dr. Godlewski, Dr. Wereszczński und Dr. Longschamp. Der von diesem Ausschuss ausgearbeitete Entwurf kommt vor den Ministerrat und wird nach seiner Bestätigung dem Sejm als Regierungsentwurf vorgelegt werden. Was die Gerüchte über die Einberufung des Sejm zu einer kurzen Sitzung am 18. d. Mts. betrifft, so habe ich einen solchen Vorschlag gar nicht gemacht; dagegen werde ich heute mit dem Sejmarschall eine Unterredung haben über die Einberufung des Verfassungs- und des Auslandsausschusses vor dem 18. d. Mts. Diese Ausschüsse müssen ihre Arbeiten wieder aufnehmen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Gesetzentwurf über Ostgalizien vorgelegt werden soll, ferner daß der Außenminister eine Reise nach dem Auslande plant, und weil die Notwendigkeit besteht, die Wahlen zum Sejm und zum Senat wegen technischer Schwierigkeiten um einige Tage zu verschieben. Ich bin entschiedener Gegner einer Einziehung der Wahlen und werde mit allen Kräften dahin streben, daß die Verspätung so gering wie nur möglich sei und die Wahlen unbedingt im Monat November stattfinden.“

Warschau, 13. September. Gestern nachmittag hat Ministerpräsident Nowak eine Unterredung mit dem Sejmarschall gehabt. Das Ergebnis dieser Konferenz war, daß der Sejmarschall der Sejmkanzlei den Auftrag gegeben hat, auf den 17. d. Mts. eine Sitzung der beiden vereinigten Ausschüsse, des Verfassungs- und des Auslandsausschusses, einzuberufen. In der Sitzung werden Regierungsentwürfe besprochen werden.

Der Gesetzentwurf über Ostgalizien.

Warschau, 13. September. Wie der „Kurjer Warszawski“ bemerkt, soll der Gesetzentwurf über Ostgalizien nach Annahme durch den Sejm einen Teil der polnischen Verfassung bilden. Der Entwurf ruft einen Wojewodschaftsrat mit zwei Sektionen, einer polnischen und einer ukrainischen, ins Leben. Gemeinsame Fragen werden von beiden Nationalitätenausschüssen gemeinsam entschieden, nach vorhergehender Prüfung durch jeden Ausschuss gesondert. Der römisch-katholischen und der unierten Kirche wird im Entwurf Gleichberechtigung verbürgt. In Ostgalizien soll ein polnisches und ein ukrainisches Nationalitäten-Katasteramt gebildet werden. Ferner soll im Kultusministerium eine ukrainische Abteilung mit Ukrainern als Beamten geschaffen werden. Außerdem soll im Ministerrat ein ukrainischer Minister ständig seinen Sitz haben.

Wojewodschaft Schlesien.

Die Entdeutschung Oberschlesiens.

Eine Krakauer Zeitung bringt folgende Meldung aus Katowitz: „Von polnischer Seite wurde eine Aktion eingeleitet, die sich die Entdeutschung des uns anerkannten Teils Oberschlesiens zum Ziele gesetzt hat. Es handelt sich um die Beseitigung des künstlich herbeigeführten Zustands in den Städten. Die Straßennamen, die Namen der Institute, der Firmen usw. sind nach deutsch. Daher wird in Katowitz dem Magistrat ein Entwurf zur Bildung eines Ausschusses vorgelegt werden, dessen Aufgabe es sein wird, die Straßennamen in Katowitz zu ändern. Der Katowitzer Deutschen berufen sich auf die vielgerühmten Verhältnisse in Bielitz, sie fordern die Straßennamen in zwei Sprachen. In Bielitz im Teschener Gebiet sind die Straßennamen in Folge der Nachhaft der Teschener Behörden und gewisser Faktoren in Bielitz selbst nur deutsch. Viele Firmen, Institute usw. bezeichnen die deutschen Straßennamen bei. Diese Zustände sind untragbar. Die Teschener Behörden dürfen für niemand ein Beispiel sein und besonders nicht für Oberschlesien. Heute noch besitzen einige polnische Gemeinden im Kreise Bielitz in Teschen-Schlesien deutsche Schulen, die von Renegaten geleitet werden. Es ist zu erwarten, daß die polnischen Faktoren in Katowitz unter keiner Bedingung mit einer Bezeichnung von Straßennamen in zwei Sprachen einverstanden sein dürfen. Die Verhältnisse in Oberschlesien, die tatsächlich in Bezug auf die Bevorzugung der Deutschen geradezu skandalös sind, müssen so schnell wie möglich eine Änderung erfahren. Bemühungen in dieser Richtung müßten, wenn die Schlampe der dortigen polnischen Faktoren noch heute so groß ist, daß sie nicht fähig sind, Änderungen einzuführen, von den Wojewodschaftsbehörden unternommen werden. Die Deutschen lassen in West-Oberschlesien keine polnische Benennung zu. Das genügt! Wie du mir, so ich dir! Wir werden den Deutschen nicht die kleinsten Zugeständnisse machen, wenn die Deutschen nicht dieselben Rechte jenseits der Grenze einführen.“

Einführung der polnischen Valuta.

Katowitz, 13. September. Der Wojewode von Schlesien, Rumor, erließ einen Aufruf, in dem er der Bevölkerung bekannt gibt, daß in Oberschlesien die polnische Warte in Verkehr gesetzt wurde, um dem dort jetzt herrschenden Mangel an deutschem Gelde vorzubeugen. Der amtliche Kurs der polnischen Warte wird jeden Tag von der polnischen Landes- und Darlehenskasse bekannt gegeben werden. Die Berufsorganisationen einigten sich dahin den Arbeitern die Höhe in polnischer Warte anzugeben, und der kaufmännische Verband erklärte sich damit einverstanden, vom Publikum die Bezahlung für die gelieferten Waren in polnischem Gelde, nach dem jetzmaligen amtlichen Kurs anzunehmen. Ebenso werden die Lebensmittelartikel, welche die Wojewodschaft liefert, nur gegen polnisches Geld verkauft.

Die Arbeiter sind gegen die Einführung der polnischen Warte.

Königsbrunn, 13. September. Nachdem der Belegschaft der Bismarckhütte bekanntgegeben worden war, daß die Löhne jetzt in polnischem Gelde ausbezahlt werden würden, hielt sie Betriebsversammlungen ab, in denen beschlossen wurde, die Annahme der Löhne in polnischer Valuta abzulehnen. Am

Montag nachmittag zogen etwa sechs- bis achtauf tausend Arbeiter vor die Villa des Generaldirektors Kallenborn. Die Arbeiter forderte Aufschluß über die Angelegenheit der Auszahlung der Löhne in polnischer Währung. Als Generaldirektor Kallenborn beruhigend auf die Menge einzuwirken versuchte, wurde er von dieser niedergedrückt. Auf Verhandlungen haben sich die Demonstranten nicht eingelassen, sondern drangen in die Villa ein, schleppten Kallenborn heraus und zogen ihn die Straße entlang zum Unterwerk und schließlich zum Rathaus. Vor dem Direktionsgebäude der Bismarckhütte wurde Kallenborn geschlagen, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Schwer verletzt wurde er in das Betriebslazarett eingeliefert. Bis zu diesem Zeitpunkt waren von der Polizei keinerlei Maßnahmen getroffen worden. Erst gegen 1½ Uhr traf ein starkes Polizeiaufgebot in Bismarckhütte ein. Die Menge wurde aufgefordert, auseinanderzugehen. Ungeachtet dieser Aufforderung rotteten sich die Demonstranten aufs neue zusammen und entwarfen die Polizei. Die den Beamten abgenommenen Karabiner wurden von den Arbeitern an einem Eisenpfiler zerhackt. Die Aufsammlungen vor dem Direktionsgebäude nahmen später an Umfang zu, als auf dem Direktionsplatz eine von Königschütze herkommende Abteilung Infanterie eintraf. Am Markt Ecke Brühlstraße wurde ein Maschinengewehr aufgestellt. Der nochmaligen Aufforderung zum Auseinandergehen wurde wiederum keine Folge geleistet, vielmehr schrie die Menge, sie hätte die Demonstration nicht aus irgend welchen unüberlegten Gründen und Leichtsinn veranstaltet, sondern die größte Not habe die Arbeiterschaft dazu gezwungen. Plötzlich fielen Schüsse, und das Maschinengewehr fing an zu knallen. In wenigen Minuten war der große Direktionsplatz gefärbt. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sollen acht Arbeiter und ein Polizeibeamter ums Leben gekommen sein.

Ausnahmezustand in Kattowitz.

Kattowitz, 13. September. Infolge der Vorgänge der letzten Tage gibt die Polizeidirektion folgendes bekannt:

1. Gruppensammlungen und das Aufhalten auf den Straßen und Plätzen ist verboten.
2. Das Aufhalten auf den Straßen und öffentlichen Plätzen nach 10 Uhr abends ist nur in plötzlichen und dringenden Fällen erlaubt (zur Bahn, zur Arbeit usw.) und ist auf Verlangen der Polizeibehörde eine Legitimation erforderlich.
3. Alle Kaffees, Weinhäuser und Restaurationen müssen um 10 Uhr abends schließen. Ausnahmen sind nur mit Einverständnis der Polizei zulässig.
4. Alle Schenken, die bislang an Sonntagen um 4 Uhr nachmittags schließen mußten, müssen bis auf Widerruf völlig geschlossen halten.
5. Theater, Kino- und Kabarettvorstellungen dürfen längstens bis 9 Uhr dauern.
6. Die Gaststube müssen unter Verantwortung des Hauswirts bzw. des Hausverwalters um 10 Uhr abends geschlossen sein.
7. Alle Übertretungen dieser Bestimmungen werden gemäß den bestehenden Gesetzen strengstens geahndet.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Belgien verlangt Zahlungen.

Brüssel, 13. September. Ministerpräsident Theunis, der keine hier anwesenden Kollegen über die Verhandlungen mit Deutschland unterrichtet, hat beschlossen, von Deutschland die Begleichung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen in Schillingen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen. Außenminister Jaspars notifizierte gestern dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel, Dr. Landsberg, diesen Beschluß der belgischen Regierung. Während die Note bereits am Sonntag vormittag dem deutschen Gesandten in Brüssel überreicht wurde, ist die Reichsregierung merkwürdigerweise bis zum Abend ohne jede Kenntnis dieses Schrittes geblieben. An der Börse hingegen lief das Gerücht von einer belgischen Note schon am Mittag um und wurde von der Reichsregierung noch immer dementiert. Es wird eine Untersuchung angestellt, durch welche Ursachen die telephonischen Leitungen von Brüssel nach Berlin gerade diesmal verlagert haben. Die Auffassung über die belgischen Forderungen geht dahin, daß die Reichsregierung selber gar kein Geld zur Verfügung hat, und daß die Reichsbank ihrerseits auf die Forderung der Reparationskommission hin Autonomie erhalten hat. Durch den Beschluß des belgischen Kabinetts sind die Verhandlungen, die den Zweck hatten, die Unterbrechung der Reichsbankpräsidenten unter die deutschen Schatzwechsel bei einer Verlängerung der Laufzeiten zu erhalten, gefährdet worden.

Was wird die deutsche Regierung tun?

Berlin, 13. September. Nach dem Urteil der „Vossischen Zeitung“ wird sich die Reichsregierung außerstande erklären müssen, der belgischen Forderung zu entsprechen. Meldungen des „Temps“ aus Brüssel zufolge nimmt man dort an, daß Deutschland die belgische Aufforderung unbeantwortet lassen werde, so daß sich die Reparationskommission am Freitag, dem 15. September, veranlaßt sehen werde, ein Verlangen Deutschlands festzustellen. Dies steht jedoch im

Widerspruch zu Äußerungen einer hervorragenden belgischen Persönlichkeit, die der „Antanageant“ vorgelegt worden ist. Danach rechnet man in Brüssel mit der Möglichkeit, daß die deutsche Regierung der belgischen Aufforderung nachkommen werde, da der dadurch verursachte Marktschwund weniger schmerzhaft sein werde als der Sturz, dem die Mark durch Operationen im Ruhrgebiet preisgegeben werden müßte. Die belgische Persönlichkeit bestätigte dem Vertreter des Pariser Blattes, daß die von Deutschland angebotenen Garantien unannehmbar seien, und daß Belgien der von Deutschland geforderten Prolongierung der Schatzwechsel-Laufzeiten nicht zustimmen könne, weil es um keinen Preis den Namen des von der Reparationskommission empfangenen Mandates überschreiten wolle.

Die deutschen Delegierten in Paris.

Berlin, 13. September. Aus Paris wird unter dem 12. September gemeldet: Staatssekretär Bergmann und Staatssekretär Fischer sind hier eingetroffen. Wann und in welcher Form die deutschen Delegierten Gelegenheit haben werden, der Reparationskommission Erörterungen zu machen, scheint einstweilen völlig unbestimmt zu sein. Bis zur Stunde sind Verhandlungen mit den deutschen Delegierten nicht anberaumt. Die Kommission wartet offenbar ab, bis Deutschland die heutige Brüsseler Aufforderung beantwortet hat. Aus einer der Reparationskommission nahe stehenden Quelle verlautet, daß heute, am 13. September, eine offizielle Sitzung der Reparationskommission stattfinden wird, bei der wahrscheinlich die deutschen Delegierten gehört werden sollen.

Die Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft.

Von den Maßnahmen der deutschen Regierungen zum Schutz der deutschen Wirtschaft anlässlich des Marktschwundes und der Preiserhöhungen ist am wichtigsten die Erhöhung der Ausfuhrabgabe um 60 v. H. (für einige Waren 80 v. H. oder keine Erhöhung), die zum 3. September erfolgt ist. Weiter sind, bis zur Festsetzung erhöhter Zölle, einige vorläufige Einfuhrverbote erlassen worden, nämlich für Rohabak und Tabakabfälle, für gebrannten und gerösteten Kakao, für Kakaoöl und Kakaoölmasse, Summern und Languinen. — Unmittelbar in Aussicht gestellt wurden ferner: Verbot der Herstellung von Starkbier, der Verwendung von Inlandszucker zu Süßigkeiten und Likören, der Verwendung von Obst in Branntweinbrennereien, Einschränkung der Spiritusbrennerei aus Kartoffeln, Wiedereinführung der öffentlichen Zuckerbewirtschaftung, Einschränkungen in der Konzeptionserteilung an Schankwirtschaften und Beaufsichtigung des Verbrauchs dort. Für die Minderbemittelten sollen Hilfsmittelmaßnahmen — es war besonders von Massenbeisetzungen die Rede — noch eingehend beraten werden. Bei einer Beibehaltung der Getreideumlage ist eine starke Erhöhung der Getreide- und damit der Brotpreise in Aussicht genommen, die am 15. Oktober eintritt. Für 1923 ist beabsichtigt, die öffentliche Brotversorgung auf „Minderbemittelte“ zu beschränken; wenigstens befindet sich im Reichsernährungsministerium ein dahingehender Gesetzentwurf in Arbeit. — Die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften sind mit dem Zusammenschluß ihrer Forderungen für die Schutzmaßnahmen, das bisher auf dem Wege von den ersten Regierungsankündigungen bis zu den ersten tatsächlichen Maßnahmen zu verzeichnen war, einigermaßen unzufrieden. Es heißt, daß sie auf eine umfassende Durchführung ihrer Wünsche bestehen wollen. — Der preussische Innenminister ordnet in einer Verfügung erneut die Überwachung der Kleinhandelspreise an, um die Vermehrung der Verbraucher einzudämmen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat in einer sehr schon lautenden Entschließung, die aber keine neuen Gesichtspunkte bringt, „Mischlinien“, das heißt Anregungen für die zu ergreifenden Maßnahmen herausgegeben.

Die Völkerverbundstagung in Genf.

Eine Minderheitenrede Astenaghs.

Genf, 13. September. In der Gannabendstimmung des Völkerverbundes hielt der polnische Delegierte Professor Astenagh eine längere Rede. Er wies die gegen den Völkerverbund erhobenen Vorwürfe zurück und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verbände, die sich der Völkerverbund durch die Entscheidung in der obersten Instanz, durch das Zustandekommen der Warschauer Konferenz usw. erworben habe. Zur Frage der Völkerverbündlichkeit übergehend, führte Prof. Astenagh aus: „Die Aufgabe des Schutzes der Völkerminderheiten ist die Schaffung von Bedingungen für ein normales und freundschaftliches Zusammenleben mit dem Mehrheitsvolke. Daher muß eine Atmosphäre der Eintracht und des gegenseitigen Vertrauens im Bande geschaffen werden. Dies erfordert Zeit, besonders in den jungen Staatswesen, in denen sich die Minderheit mit der Mehrheit unter gänzlich neuen Bedingungen gegenübersteht. Es ist daher von großer Wichtigkeit, daß der Prozeß der Entstehung dieser freundschaftlichen Atmosphäre nicht durch zu häufige und unzeitgemäße Einmischung von fremder Seite gestört werde. Ich schließe mich den Äußerungen der Anerkennung Prof. Murzays für den Rat an, der sich bislang von den vorerwähnten Grundsätzen leiten ließ,

und bin überzeugt, daß der Rat auch künftighin von diesen Grundsätzen nicht abweichen wird.“

Die deutschen Ausfiedler.

Genf, 13. September. In der Abendstimmung am 9. September wurde der Antrag des Komites in der Angelegenheit der deutschen Ausfiedler angenommen. Der Rat dankte der polnischen Regierung für die erschöpfenden Auskünfte und schlug die Berufung eines Rechtsausschusses vor. Dieser Ausschuss hätte dem Rat im Laufe einer Woche einen Bericht zu unterbreiten, der dem Plenum alsdann im Laufe der letzten Sitzung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden soll. Der polnische Delegierte Astenagh stellte fest, daß die polnische Regierung Beweise ihres rechtlichen Vorgehens erbracht habe und daß sie mit der Berufung eines Rechtsausschusses einverstanden sei, jedoch unter der Bedingung, daß die gegnerische Seite auf die Wahl der Ausschussmitglieder keinen Einfluß ausüben dürfe.

Lloyd Georges Genfer Reise.

Genf, 13. September. Lloyd George wird Anfang nächster Woche hier erwartet. In französischen Kreisen erklärt man, daß Lloyd George nur seine Stellung im innerpolitischen Leben Englands stärken wolle und, da in England eine starke Strömung für den Völkerverbund besteht, sich diesem zu nähern beabsichtige. So lange die Stimmung in England weniger völkerverbundfreundlich gewesen sei, habe er den Völkerverbund vernachlässigt. Doch jetzt hofft er sich seiner bedienen zu können, um seine Position zu verbessern. Von einer bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré sei bisher allerdings noch nichts bekannt. In Pariser politischen Kreisen hält man es aber für sicher, daß Lloyd George auf der Reise nach Genf eine Unterhaltung mit Poincaré haben werde. Wie das Pariser „Petit Journal“ aus London meldet, wird Lloyd George wahrscheinlich am Sonntag abend oder Sonntag in Genf eintreffen. Angeblich will er schon in der nächsten Woche eine große Rede vor dem Völkerverbund halten. In der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem vor dem Völkerverbund darzulegen, wird sich Lloyd George wahrscheinlich von den Ratshäusern Valfours und anderer britischer Delegierten leiten lassen. Ein solcher Schritt würde aber vielfältige Zustimmung finden, und es besteht Grund zu der Annahme, daß die Franzosen beratigen allgemeinen Erörterungen durchaus nicht abgeneigt seien.

Nach der Einnahme Smyrnas.

Mustafa Kemal Pascha in Smyrna.

Danzig, 13. September. Der Korrespondent der „Times“ in Konstantinopel meldet, daß Mustafa Kemal Pascha am 11. September abends in Smyrna eingezogen sei. Ein Privattelegramm des „Antanageant“ aus Konstantinopel berichtet davon, daß die Regierung von Angora die Autonomie für die der türkischen Küste vorgelagerten Inseln Chios, Mytilene und Samos verlangen werde, um Einfälle griechischer Vandalen auf türkisches Gebiet zu verhindern. Die öffentliche englische Ansicht über die Politik Mustafa Kemal Paschas ist jetzt bedeutend hoffnungsvoller als in den letzten Tagen. Das auswärtige Amt stellt in Abrede, daß die Balkanmächte von englischer Seite aufgefordert wurden, den status quo auf dem Balkan beizubehalten.

Siegesjubiläum in Konstantinopel.

London, 12. September. Aus Konstantinopel wird von einer großen Feier der Siege über das griechische Meer gemeldet. In allen Moscheen fanden Festgottesdienste statt.

Die Neubildung des griechischen Kabinetts.

Athen, 12. September. Da Kallagropoulos bei der Bildung des Kabinetts auf Schwierigkeiten gestoßen ist, hat der König die Neubildung der Regierung dem früheren griechischen Kommissar in Konstantinopel, Triandaphilakis, übertragen.

Hungersnot unter den griechischen Flüchtlingen.

Athen, 12. September. Die griechische Regierung hat die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß die Flüchtlinge aus Kleinasien Hunger und Not leiden. Die griechische Regierung bittet um die sofortige Einleitung einer Rettungsaktion.

Typhusepidemie in Smyrna.

Paris, 12. September. Nach Sabas-Meldungen aus Adama soll in Smyrna eine Typhusepidemie ausgebrochen sein.

Eine Botschaft des Königs von Griechenland.

Athen, 12. September. Der König hat an das griechische Volk eine Botschaft erlassen, in der er erklärt, daß die letzten Ereignisse

Danziger Kurse vom 13. September.

Polnische Mark in Danzig	Gelb 23¼
	Brief 23½
Dollar in Danzig	Gelb 1600
	Brief 1625

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Jetzt war er durch eine kleine Seitenstraße gegangen, um abguschneiden, und sein Blick fiel auf ein Firmenschild: „Henry ten Winkel, Antaffo.“ Er erschrak ordentlich, wie der Name jetzt plötzlich vor ihm stand. Daß er nicht daran gedacht hatte! Der Mann war ja in Amsterdam, er konnte zu ihm, ihn sprechen, er würde ihn sehen, alles konnte sich klären! Er sprang die in die Straße vorgebauten Stufen des altertümlichen Hauses empor und trat in den Hausflur. Schmutzig und winzig war es hier, an einer Tür eine Aufschrift: „Bureau.“ Ein alter Schreiber stand auf und sah ihn an mit dem abwartenden, halb höflichen, halb reservierten Blick, mit dem der Buchhalter oder der Pfandleiher einen neuen Kunden begrüßt. Höflich, um ihn nicht zu vertreiben, und doch gleich zurückhaltend, um möglichst wenig zu geben. „Ist Herr ten Winkel zu Haus?“ Der Mann schüttelte den Kopf. „Wann kommt er heim?“ — „Verreist.“ — „Aber er war doch vor einigen Tagen noch hier?“ Der Mann nickte. „Wann ist er denn abgereist?“ — „Gestern.“ Gräßlicher Mensch, der sich jedes Wort so aus dem Halse ziehen läßt. — „Wohin denn?“ — „London.“ — „Nimmt er halb wieder?“ — Der Mann schüttelt den Kopf, Magnus riß die Geduld. Ich muß Herrn ten Winkel persönlich sehr notwendig sprechen; wann kommt er wieder?“ Der Mann hob drei Finger in die Höhe. „In drei Tagen.“ Der Mann schüttelte den Kopf. „In drei Wochen?“ Er schüttelte wieder, aber diesmal ließ er sich herbei, hinzuzufügen: „In drei Monaten.“

„Können Sie mir Auskunft geben?“ — „Vielleicht.“ — „Er sagte, wer er sei, und sprach von dem Schuldschein, aber der Alte wußte nichts oder wollte nichts wissen; traurig ging Magnus fort. Sollte er nicht zur Polizei? Zu dem Kom-

missar, der ten Winkel vernommen hatte? Er zauderte, — er hatte plötzlich Angst vor der Polizei. Noch hatte er das Führungsattest, noch stand der Weg in die Freiheit ihm offen, wer weiß, vielleicht hatte die deutsche Staatsanwaltschaft schon — Ihn überließ ein eisiger Schauer. Nun stand er vor dem Bankhause — er war entschlossen.

„Mein Name ist Magnus Wörland, für mich liegt hier eine Summe Geld.“ — „Sehr wohl, hunderttausend Mark; darf ich um Ihre Legitimation bitten?“ — „Hier.“ — „Sie wünschen das Geld abzuheben?“ — „Nur zwanzigtausend Mark, den Rest bitte ich sogleich wieder an den Absender nach Bremen zurückzusenden.“ — „Wie Sie wünschen.“ Den Mann interessierte es anscheinend gar nicht; er zahlte Magnus die zwanzigtausend, die allerdings nur zwölftausend Gulden in holländischer Währung bestrugen, und machte sich einen Vermerk zur Rücksendung des Restes. Magnus eilte noch zum Konjunkt und dann zum Schiffahrtsbureau. „Bedaure, Zwischenbed und dritte Kajüte sind inzwischen ausverkauft, die Nachfrage ist zu groß.“ — „Und zweite Kajüte?“ — „Von sechshundert Gulden an.“ — „Ich bitte um eine Karte.“ Die Papiere wurden sorgfältig geprüft, dann zahlte Magnus die Hälfte seines Geldes, und nun hatte er mit seinen eigenen dreitausend Mark noch ungefähr siebenhundertfünfzig Gulden, wenig, um in einem fremden Lande ein neues Leben zu gründen. Er ging nochmals in die Stadt, kaufte sich eine spanische Grammatik und ein Wörterbuch und ging ins Hotel. Jetzt den Brief an den Onkel! Er lächelte beschämt, daß er nun doch einen Teil des Geldes hatte nehmen müssen.

„Vieher Onkel!“

Ich habe gesehen, wie leicht Du den Glauben an Deinen eigenen Verwandten verlierst. Wenn Dein Vertrauen zu mir und Deine Liebe nicht größer waren, so habe ich den Verlust Deiner Tochter, die mich nicht einmal eines Abschiedsgrüßes für würdig hielt. Ich gebe ihr das Wort zurück, ich werde versuchen, zu vergeßen. Sie selbst

hat mir dazu die beste Waffe in die Hand gegeben, die Überzeugung, daß sie mich nie geliebt, sondern mit meinen heiligsten Empfindungen gespielt hat! Die Stunde kommt, in der Du bereuen wirst, wie Du an mir gehandelt hast; denn auch in diesem letzten Brief, den ich je an Dich richte, wiederhole ich Dir: Meine Hände sind rein! Das Geld, das Du mir überwiesen hast, hätte ich Dir am liebsten vor die Füße geworfen. Leider gestattet mir der Zwang der Not nicht so viel Ehre; ich nehme von der Summe zwanzigtausend Mark als Darlehn. Hörst Du, als Darlehn, und werde sie Dir mit den üblichen Zinsen, so schnell ich es vermag, zurückschicken. Der Rest folgt sogleich an Deine Adresse zurück. Nur eine Bitte habe ich an Dich — es kostet mich viel, Dich zu bitten, aber es muß sein: Sorge für meine Mutter, bis ich in der Lage bin, sie zu mir zu rufen. Es wird nicht lange dauern, und ich werde Dir auch die Auslagen, die Du für meine Mutter hast, redlich ersetzen. Und nun leb' wohl, zu danken brauche ich Dir nicht, ich bin Dir keinen Dank schuldig. Morgen geht mein Schiff nach Argentinien in See.

Dein Kesse Magnus Wörland.

Der Brief an die Mutter war fort; nun noch dieser Brief, jetzt hatte er nichts mehr in Europa zu erledigen. Es war Abend geworden; er sah, wie die Passagiere den Dampfer bestiegen, der am kommenden Morgen in See stechen sollte. Er ging noch einmal in sein Hotel, bezahlte die Rechnung und ließ seinen Koffer zum Schiff bringen. Je später es wurde, ein um so größeres Drängen und Treiben herrschte auf dem Dampfer. Die Zwischenbeder durften erst am kommenden Morgen, kurz vor der Abfahrt, hinauf, die Kajütpassagiere hatten das Vorrecht, schon am Abend zu kommen. Nun drängte es sich in den Gängen, auf den Treppen, die von den Decks in das Innere der schwimmenden Stadt führten, in allen Sprachen schwirrte es durcheinander, holländisch, deutsch, englisch, viel spanisch dazwischen; die Stewards hatten alle Hände voll zu tun.

(Fortf. folgt)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 18. September.

Delegiertentagung des Mieterschutzverbandes.

In der am Sonntag im Saale des „Sächsischen Hofes“ an der ul. Broclawka 15 (fr. Breslauer Straße) unter dem Vorsitz des Herrn Fieske abgehaltenen Delegiertentagung des Mieterschutzverbandes wurden nach einer mehrstündigen Aussprache zwei Entschlüsse angenommen.

In der ersten Entschliessung, die an die Regierung zu Händen des Ministerpräsidenten gerichtet ist, wird gefordert, daß das Gesetz über den Mieterschutz vom 18. Dezember 1920 so lange aufrecht erhalten werden soll, bis der Wohnungsmangel ein Ende nimmt. Weiter wurde gefordert, daß man Berater des Mieterschutzverbandes zu der Besprechung der Novelle zum Gesetz über den Mieterschutz hinzuziehen solle. Ferner wurde die Aufmerksamkeit des Ministerrats darauf gelenkt, daß der Staatsschatz bei allzu großen Mieterhöhungen viel verliert, weil alle Löhne erhöht werden müssen, wodurch die polnische Valuta ein weiteres Sinken erfährt. Dann wurde gefordert, daß die Regierung im Sejm dahin vorstellig werden solle, nicht das Gesetz über den Mieterschutz aufzuheben, da dieses einen Umsturz im Staate herbeiführen könnte. Weiter soll die Regierung zum Bau von Wohnhäusern beitragen, was in hohem Maße die Arbeitslosigkeit verringern und die Abwanderung aufhalten werde. Die Regierung solle im Sejm einen Entwurf der Aufhebung der Artikel 5 und 7 des Mieterschutzgesetzes vom 18. Dezember 1920 vorlegen, weil diese Artikel den Hauseigentümern gute Waffen in die Hände geben. Auch sollen jene schwer bestraft werden, die sogenannten Abstandsgehalt beim Mieten von Wohnungen nehmen. Gefordert wird weiter, daß die Mieterschutzverbände als Kooperationen bei den Verwaltungsbehörden anerkannt und in Gerichten höchster Instanz zugelassen werden sollen, und zwar im Hinblick auf die hohen Gebühren der Rechtsanwältin, die das arbeitende Volk zu bezahlen nicht imstande ist.

In der zweiten Entschliessung, die an den Sejm zu Händen des Marschalls adressiert ist, wird dem Sejm volles Vertrauen bezüglich der Novelle über den Mieterschutz ausgesprochen. Weiter wird gebeten, daß der Sejm eine Mieterhöhung beschließen solle, wobei er jedoch die Armen, die Witwen der Gefallenen, die Invaliden und die Arbeitslosen berücksichtigen müsse. Gewünscht wird ferner die Aufhebung des Artikels 5 des Gesetzes über den Mieterschutz. Vorge schlagen werden folgende Mieterhöhungen: für Wohnungen bis zu 2 Zimmern mit Küche eine zwanzigfache Erhöhung, bis zu 4 Zimmern eine dreißigfache, bis zu 5 Zimmern eine vierzigfache, bis zu 6 Zimmern eine fünfzigfache, bis zu 10 Zimmern eine sechzigfache und über 10 Zimmern eine hundertfache Erhöhung; für Industrie- und Handelslokale, für Läden, die mit der Wohnung verbunden sind, eine vierzigfache, für nicht mit der Wohnung verbundene Läden eine sechzigfache und für Läden in der Mittelstadt und in den verkehrsreichsten Straßen eine achtzigfache Erhöhung; für Werkstätten, in denen leichte Arbeiten ausgeführt werden und die drei Personen beschäftigen, eine dreißigfache Erhöhung, die 10 Personen beschäftigen, eine fünfzigfache, und die über 10 Personen beschäftigen, eine hundertfache Erhöhung. Hierin sollen alle Nebenausgaben einberechnet sein. Weiter wird gebeten, Invaliden, die bis 50 v. H. arbeitsunfähig sind, eine Ermäßigung von 50 v. H. zu gewähren. Die Entschliessung protestiert jedoch energisch gegen Erhebung der teils weisen Kosten für die Danina und die Steuern, für die Feuerversicherung und die Zinsen für Hypotheken. Weiter fordert die Entschliessung, daß der Sejm eine Verordnung erlasse, die die Ermäßigung der Mieter aus ihren Wohnungen verbietet. Zugleich wendet sich die Entschliessung an die Regierung mit der Forderung, eine größere Summe für den Bau von Wohnungen für die Rückwanderer zur Verfügung zu stellen. Als letzte ist die

Forderung aufgestellt, daß der Sejm einen Druck auf die untergeordneten Behörden ausüben solle, damit diese streng die genaue Befolgung der Sejmverordnungen kontrolliere.

Ein Kanal von Warschau nach Posen. Einer Meldung des „Exchange Telegraph“ zufolge soll die polnische Regierung den Bau eines Kanals von Warschau nach Posen in Aussicht nehmen, der tief genug sein soll, um Schiffen von 600 Tonnen die Durchfahrt zu ermöglichen.

Verbot von Privatarbeiten. Das Eisenbahnministerium hat dem „Przeglad Wiecz.“ zufolge, in einem Rundschreiben es den Beamten streng verboten, die ihnen unterstellten Arbeiter zu Privatarbeiten heranzuziehen. Wie es scheint, haben in dieser Beziehung in den Dienststunden recht „patriarchalische“ Verhältnisse geherrscht. Das Blatt knüpft an diese Meldung die Hoffnung, daß eine straffere Dienstauffassung Blatz greifen werde, da Zuwiderhandlungen gegen das Verbot mit Disziplinarstrafen bedroht werden.

* Grandenz, 11. September. Gestern nachmittag um 1 1/2 Uhr stießen beim Stellwerk in der Nähe des Bahnhofes die Güterzüge Nr. 677 und 682 zusammen. Grund des Zusammenstoßes war die Nichtbeachtung des Haltesignals durch den Lokomotivführer Drogoszinski vom Zuge 677. Opfer sind nicht gemeldet. Der Schaden ist enorm. Elf Waggons sind völlig zertrümmert. Die zwei Gleise, Graubenz-Jablonowo und Graubenz-Garnsee, sind gänzlich aufgerissen. Der Verkehr mit Jablonowo wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Jedoch war der Verkehr mit Garnsee völlig unterbrochen, so daß viele Passagiere nachts den Weg von Garnsee nach Graubenz zu Fuß machen mußten.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. S. Theodor Senta; für Lokal- und Provinzialteil: Rudolf Herbrechtsmeier. Für den Anzeigenteil: H. S. 1931. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Kämlich in Posen.

Nachruf!

Am 4. September verschied Herr Lehrer a. D. Paul Apel in Radebarow.

Als Lehrer hat der Verstorbenen in hiesiger Gemeinde 37 Jahre in vorbildlicher, aufopfernder Weise für das Wohl der Gemeinde und in der Schule, sowie auch außerhalb der Schule gewirkt. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Der Gemeindevorstand. Bauer, Guminice b. Pogorzela.

Teatr Palacowy II. Serie

Heute: „Hinter den Kulissen von Monte Carlo“

„Marokkanische Nächte“.

In der Hauptrolle: Ellen Richter.

3 Vorstellungen: um 4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr. Billettverkauf für die II. Serie täglich von 10-12 Uhr vorm.

Erstklassiges Konzert unter der Direktion d. Kapellmeisters A. Boczk.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch: 13. 9.: „Ivanhoe“ (m. Herrn A. Karpacki)

Donnerstag: 14. 9.: „Aida“ (Gastspiel H. Ruskowska-Zboisiska und K. Kruglowski).

Photogr. Atelier „beim Schloss“ (S. W. Marcin 37). Moderne Porträts für Legitimationen.

Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Klaviere stimmt und repariert ehem. Angestellter der Fa. G. E. Marjan Bartolot, Mickiewicz 3, Post. genügt. (9069)

Suchen Sie Käufer? Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co. Handelsfirma, Zentrale Posen, Jezyce, ul. Poln. Jackowskiego 35.

Randwirtsch. m. Hoff. Schulb. must. tücht. im Haush. verm. w. Heirat m. geb. Randw. ob. Adem. d. 30-42 J. Off. u. Diana 9074 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Einem Wurf junger Schäferhunde, schwarz, bildschön, gibt billig ab E. Fehner, Sionow, pow. Obornik.

Stellengefuche Jüngerer, erfahrener Brenneiverwalter, gelernter Schlosser, sucht vom 1. 10. 22 Dauerstellung als

Brenneiverwalter. Beide Sprachen in Wort u. Schrift mäßig. Meldung an Brenneiverwalter Mats Zieliński, Birkenau, Brzeziny, Post Jamielut, Pommereellen.

Geprüfte Erzieherin in ungeliebter Stellung, versteht deutsch u. polnisch sprechend, sucht per 1. 10. 22 in besserem Hause Stellung. Off. u. E. A. 9067 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche eine Stelle als Kontoristin (Hilfskraft zum Rendanten) auf einem Gute. Bin der deutschen u. poln. Sprache mächtig. Zeugn. vorhanden. Ang. u. 9029 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junges Mädchen aus besserer Familie sucht 1. Okt. Stellung als

Stütze auf größerem Gute. Familienanruf erwünscht. Gef. Ang. m. Gehaltsang. an Käse Sterczynski, Sarnowa, pow. Rawicz.

Intelligentes deutsches Kinderfräulein (m. Lehrerinnen dipl. haben den Vorzug) von einer Familie in Lodz zu jährigem Anb. gesucht. Gef. Offerten unt. J. A. an die „Lodzer Freie Presse“ 9043.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober evangelische Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Gesucht für sofort oder 1. Oktober ev. Erzieherin für 2 Kinder, 10 1/2 und 8 1/4 Jahre alt. Latein erforderlich. Bild, Gehaltsansprüche, Zeugnisse einsenden an Frau Ramm geb. v. Witzleben, Palmierowo, 9062, pow. Wyrzysk.

Landwirtschaft

(guter Boden), 60-100 Mrg. groß, mit gutem toten u. lebenden Fnd. u. voller Ernte, mass. Gebäuden, zu kaufen gesucht. Reelle Ang. v. Selbstverkaufer erbittet Bank Komisowy Koscian. (9067)

Wohnungen

Zu kaufen 3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

Zu kaufen

3-Zimmerwohnung in Berlin auf ähnliche oder größere in Posen. Näheres: Wierzbice 2, II. tntf.

E. Jentsch

Inhaber: W. Jentsch, Dipl.-Ing. Teleph. Nr. 3085 Gegründet 1883 Poznań ul. Franciszka Ratajczaka 20

Technisches Bureau und Spezialgeschäft

für Projektierung u. Ausführung von Wasserversorgungs-, Gas- u. Heizungsanlagen. [9094 b]

Wagrowiecki

Zakup i Sortownia Surowca Wągrowiec ul. Kosciuszki 38. Tel. 110.

Den Herren Kaufleuten und Bewohnern der Stadt Wągrowiec und Umgegend zur gef. Kenntnis, daß ich mein Geschäft von Posen nach Wągrowiec verlegt habe und laufe

alles Guß- und Schmiedeeisen, Pumpen, verschied. Metalle, wie Kupfer, Messing, Blei, Zink, alles Papier, Bücher, Alfen, Wein- und Eßöfchen, Glasabfälle, sämtliche Rohleder und Schafwolle.

Einkauf waggonweise und in kleinen Mengen. Auf Wunsch hole mit eigenem Wagen ab.

Um geneigte Unterstützung meines Geschäfts bittend, verbleibe hochachtung

Stefan Biskupski.

Goldene Zukunft!

Zur Gründung einer Aktiengesellschaft, für ein gut eingeführtes Tiefbrunnen-Baugeschäft werden

kapitalkräftige Interessenten gesucht. Zur Errichtung größerer Spezialpumpen- u. Spezialmaschinenfabrik, Brunnen- und Tiefbohrspezialisten für alle Gewaltarbeiten zur Stelle. [9083]

Posener Tiefbrunnen-Baugeschäft H. M. Patzer, ul. Trauguta 6. Tel. 1568.

Hüte und Pelzfachen

werden nach den neuesten Moden preiswert umgearbeitet.

A. Klatt, ul. Półwiejska 8 (Halbdoßstraße) [9070]

langjährige Direktrice der Firma H. Joachim.

Die Warenhandlung

bestehend seit Kallmannsohn, sw. Marcin 34 20 Jahren

kauft alle Garderobe, Möbel, Wäsche, ganze Wohnungseinrichtungen, arzl. Instrumente, sämtliche Felle (wie Fuchs, Iltis, Marder, Hasen, Kanin), Wolle, Rohschafwolle und Jagdgebiße. [9084]

Einem Gesellen

sucht A. Meinhold, Bezirks-Schornstein fegermeister, 36ajzya (Benischen). [9076]

Nach Deutschland sucht: Deputatam. mit Hofgänger, Schäfer, Stellmacher usw. Paul Schneider, Stellendermittler, Posen, sw. Marcin 48. Nachporto erb. [9017]

Zur gründl. Erlernung des

Haushalts finden 2 junge Mädchen zum 1. 10. Jam.-Pension in malb. u. feiner Gegenb. Gute Refek. Eogl. Pfarrhaus Zaniemski. [9087]

Zur gründl. Erlernung des Haushalts finden 2 junge Mädchen zum 1. 10. Jam.-Pension in malb. u. feiner Gegenb. Gute Refek. Eogl. Pfarrhaus Zaniemski. [9087]